

In Oberfranken warten 2000 Arbeitsplätze

Aussiedler sollen aber nicht als Ausgleich für die Abwanderungsverluste angesehen werden

Von Michaela Geiger

München – Nach den „Wichtigtuern aus der Stadt“ nun die „Habenichtse aus dem Osten, denen man da oben alles in den Hintern steckt, während wir um jede Mark betteln müssen“. Mit deftigen Zitaten aus Gesprächen von Stammtischrunden markierte die Sozialwissenschaftlerin Ingrid Kroner die Probleme, die mit einer Eingliederung von Aussiedlern im ländlichen Raum verbunden sind: zum einen das Gefühl, übervorteilt zu werden durch Regelungen des Fremdrechts und die bevorzugte Zuweisung von Sozialwohnungen an Aussiedler; zum anderen die unwillkürliche Angst vor den Fremden, die das soziale Gleichgewicht in der Gemeinde durcheinanderbringen. Gibt es für Aussiedler also eine reelle Chance im ländlichen Raum, und hat dieser Vorteile durch neue Mitbürger? Fragen, die sich Teilnehmer einer Tagung der Bayerischen Akademie ländlicher Raum stellten.

„Damit eine Integration gelingen kann, müssen wir erst einmal die Vorbehalte unserer Mitbürger abbauen helfen“, betonte der Starnberger Bürgermeister und Vorsitzende des Bayerischen Gemeindetages, Heribert Thallmair, auch wenn es Verständnis für die Verunsicherung in der Bevölkerung gebe. Die Möglichkeiten für eine Eingliederung von Aussiedlern im ländlichen Raum seien besonders günstig: Klein- und Mittelstädte, Märkte und Gemeinden seien überschaubarer als anonyme Großstädte, böten so eine bessere Basis für menschliche Beziehungen. Zudem leide gerade das Land durch Überalterung und Abwanderung junger Leute, so daß die Aussiedler mit ihrer günstigen Altersstruktur hier eine gewisse Stabilisierung bringen könnten.

Dennoch warnte Professor Klaus Bade, der sich an der Universität Osnabrück mit Migrationsforschung beschäftigt, davor, Abwanderungsverluste auf dem Land mit Aussiedlern ausgleichen zu wollen. „Eine solche Anpflanzung kann die demographische Entwicklung in der Bundesrepublik nicht verhindern, sondern lediglich um einige Jahre verzögern.“ Nicht Kurieren am Symptom sei jetzt gefragt, sondern eine Verbesserung der politischen und gesellschaftlichen Strukturen durch langfristige Konzepte. Um Konflikte der Bevölkerung mit den sogenannten A-Gruppen (Aussiedler, Asylanten, Ausländer, auch deutsche Arbeitslose und Arme) und deren Spannungen untereinander abzubauen, dürfen sie nicht gegeneinander ausgespielt werden. In die gleiche Kerbe schlug Sozialminister Gebhard Glück: Man müsse bei der Integration der Aussiedler darauf achten, daß sie mit den Einheimischen gleich, aber nicht besser gestellt seien. Zudem sieht es Glück als erstrebenswert an, „die Aussiedler möglichst über das ganze Land zu verteilen, um bestehende Arbeits- und Wohnungsangebote zu nutzen“.

Platz in leerstehenden Häusern

Für den Wohnungsmarkt hält Franz Neubauer, der Präsident des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbandes, wirksame steuerliche Maßnahmen für erforderlich. Um Investitionen privater Kapitalgeber für den sozialen Wohnungsbau anzuregen, schlägt er eine Verkürzung der Abschreibungsfrist auf 40 Jahre und die Erhöhung der Abschreibung um acht auf 48 Prozent vor. Zudem regte Neubauer Ausfallbürgschaften des Staates für Kredite an die meist mittellosen Aussiedler an. Dann ließe sich auch über eine Nutzung leerstehender Bauten im ländlichen Bereich reden. Insbesondere in nordbayerischen Dörfern und Städten, so Neubauer, stünden bis zu 30 Prozent der Häuser infolge des landwirtschaftlichen Strukturwandels leer. Für eine Sanierung solcher Bauten seien oft nur geringe Mittel erforderlich – ideal also, den Aussiedlern ein Dach über dem Kopf zu schaffen.

Zudem kann beispielsweise Oberfranken genügend offene Stellen bieten – nach einer Umfrage der Industrie- und Handelskammer (IHK) Bayreuth insgesamt 2000. Wie IHK-Hauptgeschäftsführer Helmut Jungbauer erklärte, haben sich von 360 Betrieben in diesem Raum 244 bereit erklärt, in den verschiedensten Zweigen Arbeitsplätze für Fach- und Hilfskräfte aus den Reihen der Aussiedler zur Verfügung zu stellen.

Auch was die menschliche Seite angeht, sieht Jungbauer große Chancen für den nordbayerischen Raum. Mit der nahen Zonengrenze konfrontiert, habe die oberfränkische Bevölkerung eine andere Beziehung zum Thema „Aussiedler“ als in anderen Regionen Bayerns.

Ein Beispiel gelungener Integration in Oberfranken findet sich in Rödentäl – einer Stadt in der Nähe von Coburg mit 12 300 Einwohnern. 80 Aussiedlerfamilien haben laut Bürgermeister Gerhard Preß dort schon ihren Platz gefunden – „weitere sind herzlich willkommen“. Der Grund: Eine einfühlsame Integration können in diesem Ort 2000 Banater Schwaben gewährleisten, die nach dem Zweiten Weltkrieg per Zufall in Rödentäl gelandet sind. Zudem kann die Stadt 800 Frauenarbeitsplätze von insgesamt 1100 in der Puppenindustrie und Feinkeramik anbieten. Eine gewisse „Globalsteuerung bei der Erstverteilung von Aussiedlern“ in Richtung Oberfranken hält Helmut Jungbauer daher für notwendig und gerechtfertigt.